

Resolution

des

Ersten bundesweiten Treffens von Arbeitnehmervertretungen in der Persönlichen Assistenz

in Berlin vom 28.11.-30.11.2008

Arbeitnehmervertretungen von Dienstleistungsbetrieben für Persönliche Assistenz aus der BRD haben sich vom 28.11. – 30.11.2008 in Berlin getroffen und folgende Resolution verabschiedet.

Persönliche Assistenz ist jede Art von Hilfe, die behinderte oder zeitweilig eingeschränkte Menschen in die Lage versetzt, ein unabhängiges und selbstbestimmtes Leben zu führen. Persönliche Assistenz gibt behinderten Menschen die Möglichkeit, ihr Leben nach ihren eigenen Bedürfnissen zu gestalten und umfaßt alle Bereiche des täglichen Lebens, in denen Menschen auf Grund ihrer Behinderung Hilfe und Unterstützung benötigen. Erbracht wird diese Dienstleistung von Assistenten und Assistentinnen vorrangig in den Bereichen Grundpflege und Arbeitsassistenz, Haushalts- und Mobilitätshilfe. Dazu gehören auch Begleitung, psychosoziale Unterstützung und andere Anforderungen des unvorhersehbaren Lebens.

Diese Arbeit wird in den verschiedenen Betrieben unter folgenden Bedingungen geleistet:

Keine Nominallohnsteigerungen seit Jahren und damit gerade in den letzten Jahren immer schneller steigende Reallohnverluste; Notwendigkeit zu Zweit- und Drittjobs; flexible Arbeitszeiten; Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit, oft ohne Zulagenzahlungen; fehlende Aufstiegs- oder Weiterbildungs-perspektiven und kaum gesellschaftliche Anerkennung, steigender Konkurrenz- und Lohndruck insbesondere durch die Hartz-IV-Politik der Bundesregierung und den damit einhergehenden Arbeitszwang für Beschäftigungslose im sozialen Bereich; Abhängigkeit von der möglichen Willkür der jeweiligen Behinderten insbesondere im sog. Arbeitgebermodell; außerdem werden elementare Arbeitnehmerrechte - z.B. im Arbeitsschutz - in vielen ambulanten Diensten nicht umgesetzt, da Arbeitnehmervertretungen in diesen Diensten keineswegs durchgängig etabliert sind.

Höhere Kosten bei der Leistungserbringung bei gleichzeitigen Kürzungen der öffentlichen Hand und der Kostenträger werden in Form von Lohnkürzungen und anderen Sparmaßnahmen an die Beschäftigten durchgereicht. Erwerbsarmut ist die unmittelbare Folge. Es findet ein zunehmendes und zum Teil gezieltes Abdrängen der Assistententätigkeit in den Niedriglohnsektor statt. Von daher fordern wir Verbesserungen auf allen Ebenen der Kosten- und Verantwortungshierarchie.

- Wir fordern die Beendigung des Kartells der Lohn- und Kostendrucker bestehend aus Gesetzgeber (öffentlicher Hand), Kranken- und Pflegekassen sowie vieler Leitungen der freien und kirchlichen Pflege- und Assistenzbetriebe.
- Wir fordern eine Steigerung der Stundensätze für die Behindertenassistenz durch die öffentlichen Kostenträger.
- Wir fordern eine Erhöhung der Löhne für ArbeitnehmerInnen in allen Bereichen der Persönlichen Assistenz.

- Wir fordern Regularien und Initiativen zur Einhaltung des Beschäftigtenschutzes in allen Arbeitsverhältnissen der Persönlichen Assistenz. Dies gilt besonders für vereinzelte Beschäftigungsverhältnisse in Privathaushalten, die den Schutz einer Arbeitnehmervertretung nicht haben können.
- Wir fordern die Schaffung und formale Anerkennung des Berufsbildes der Persönlichen Assistenz, sowie darauf gründend die dementsprechenden Möglichkeiten zur Qualifikation und Weiterbildung.
- Wir fordern mehr gewerkschaftliches Engagement innerhalb der Behindertenassistenz, d.h. ein stärkeres Eingehen auf die besonderen Bedürfnisse dieser ArbeitnehmerInnen und ihrer Interessensvertretungen.

Wir, ein Arbeitskreis von ArbeitnehmerInnenvertretungen in der Persönlichen Assistenz, verstehen uns auch als berufspolitische Initiative. Maßgabe unseres Handelns, von der konkreten Intervention im Einzelfall bis zur politischen Parteinahme und Bündnisbildung, ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der im Arbeitsbereich Persönliche Assistenz beschäftigten ArbeitnehmerInnen.

Wir fordern euch auf, egal ob ihr im Arbeitgebermodell arbeitet, ob ihr in einem ambulanten Dienst mit oder ohne Interessensvertretung arbeitet, oder ob ihr glaubt, diese Arbeit nur vorübergehend zu machen:

- sucht das Gespräch mit euren KollegInnen
- tauscht euch aus über eure Arbeitsbedingungen, Probleme und Interessen,
- versucht euch in der einen oder anderen Form zu organisieren oder sorgt dafür, das bestehende Interessenvertretungen in eurem Sinne funktionieren und für eure Rechte und Interessen eintreten
- schließlich: kämpft nicht allein, sondern tretet in Kontakt zu uns, damit unser Versuch einer bundesweiten Vernetzung zu einem wichtigen Bestandteil einer echten Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen werden kann !

Berlin, 30.11.2008

Unabhängige Arbeitnehmervertretungen in der persönlichen Assistenz (UAPA): bestehend u.a. aus den Betriebsräten des ambulante dienste e.V Berlin, der Assistenzgenossenschaften Bremen und Hamburg, des CeBeeF Frankfurt/M, der Offenen Liste des Betriebsrats Lebenswege gGmbH Berlin und der HelferInnenvertretung fib e.V. Marburg

Berliner Kontakt: Betriebsrat ambulante dienste e.V., Gneisenastr. 2a, 10961 Berlin

eMail: betriebsrat.ambulante_dienste@web.de, Tel: 030-69597518

Bundesweiter Kontakt: UAPA c/o BR CeBeeF, Elbinger Str. 2, 60487 Frankfurt/M.

eMail: betriebsratev@cebeef.com, 069-970522-56 oder -91